

Pressekonferenz vom 4.4.2017

Finanzielle Aspekte

Bis anhin hat sich das Initiativkomitee stark zurückgehalten, wenn es um die finanziellen Aspekte der Vorlage ging. Nachdem aber vergangene Woche die Baselbieter Gesundheitskommission eine Medienmitteilung mit dem Titel «Gesundheitskommission warnt vor Bruderholzinitiative» mit abenteuerlichen Zahlen aufgewartet ist, sehen wir uns veranlasst, hier einiges an Aufklärungsarbeit zu leisten. So behauptet die Gesundheitskommission, aufgrund der jährlich zu erwartenden Defizite müsste der Kanton das KSBL mit staatlichen Zuschüssen von rund 20 bis 25 Millionen Franken pro Jahr unterstützen. Die Gesundheitskommission stützt sich dabei auf das Abstimmungsbüchlein. Dort heisst es, der Kanton müsse in den kommenden zehn Jahren jedes Jahr 25 Millionen Franken ins Bruderholzspital stecken. Das entspreche 2,5 zusätzlichen Steuerprozentpunkten bei der Staatssteuer. Für natürliche Personen.

Was mich nachdenklich stimmt: Eine solche «Milchbüechli-Hochrechnung» zeugt nicht gerade von viel unternehmerischen Denken, geschweige denn von Management-Kompetenz. Ich hoffe denn auch nicht, dass der Spital-CEO hier mitgerechnet hat. Ein Defizit in der Grössenordnung von unter 10 Prozent des Umsatzes darf doch nicht eine derartige Welt-Untergangsstimmung auslösen. Dass man das einfach 10 Jahre so hochrechnet, ist eigentlich erschütternd. Würden die vielen Management-Ressource des KSBL, die jetzt in die Fusionsverhandlungen gesteckt werden, für ein stringentes Kosten- und Ertragsmanagement aufgewendet, würde dieses Bild anders aussehen. Davon bin ich überzeugt.

Das sind wie gesagt abenteuerliche Berechnungen. Es geht darum, das KSBL und insbesondere das Bruderholzspital möglichst schlecht aussehen zu lassen, damit man bessere Argumente für eine Fusion mit dem Unispital hat. Doch ich sage es hier klippt und klar: damit kaufen wir uns ein Fass ohne Boden.

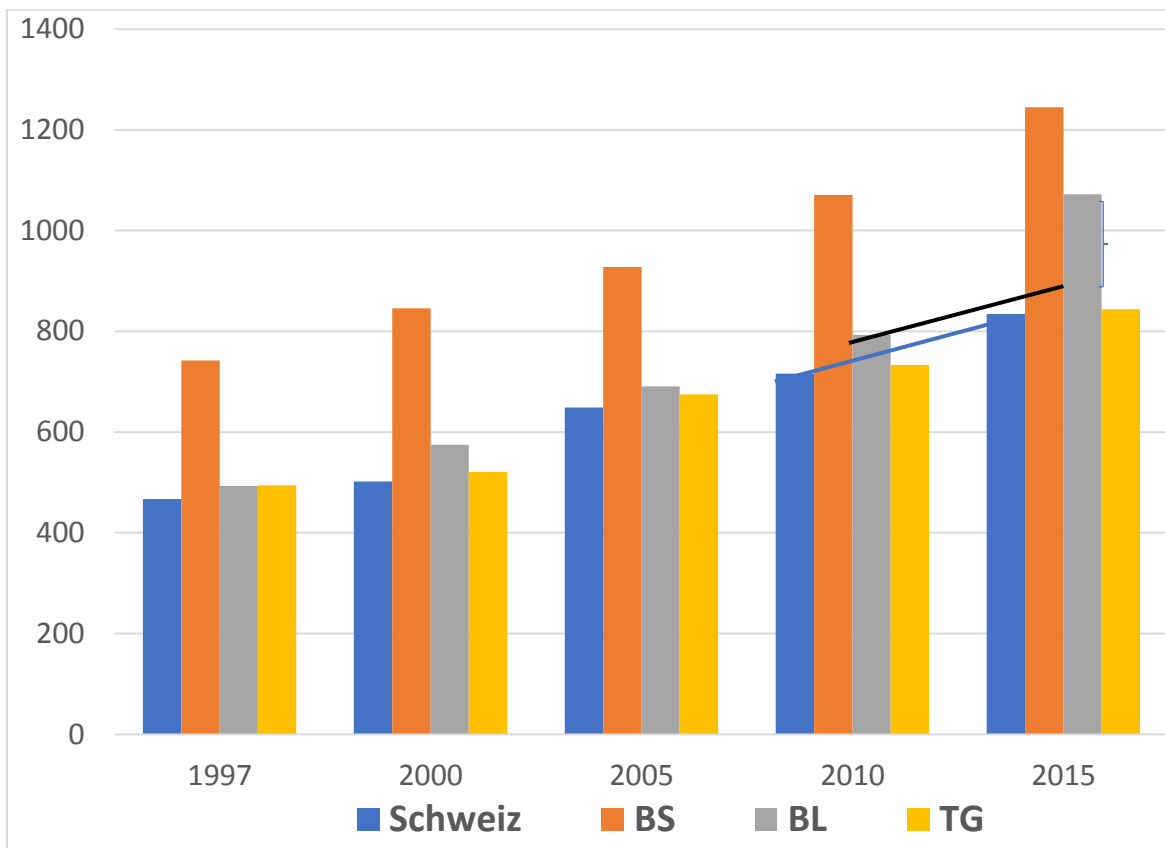
Fakt ist: Es bestehen massive Unsicherheiten, was diese Fusion mit dem Uni-Spital finanziell bedeuten würde. Alleine schon die Frage der Pensionskasse ist alles andere als geklärt. Die PK-Tarife in der Stadt sind höher als im Baselbiet. Das würde happig zu Buche schlagen. Darüber haben wir aber bislang noch nichts gehört. Stattdessen wird das Bruderholzspital schlechtgeredet.

Hinzu kommen die im Uni-Spital deutlich höheren Kosten für Spezialmedizin. Diese sollen plötzlich auch auf die Grundversorgung und die erweiterte Grundversorgung ausgedehnt werden. Ich frage Sie: Soll das etwa Sinn machen? Was die ganze Sache noch pikanter macht: Derzeit läuft von den Uni-Spitälern eine Anfrage an den Bund, weil sie die Tarife nochmals anheben wollen. Wenn wir die Grundversorgung und die erweiterte Grundversorgung noch mehr in Richtung Basel auslagern, dann ist damit zu rechnen, dass die Kosten noch rascher steigen, als wir heute schon befürchten.

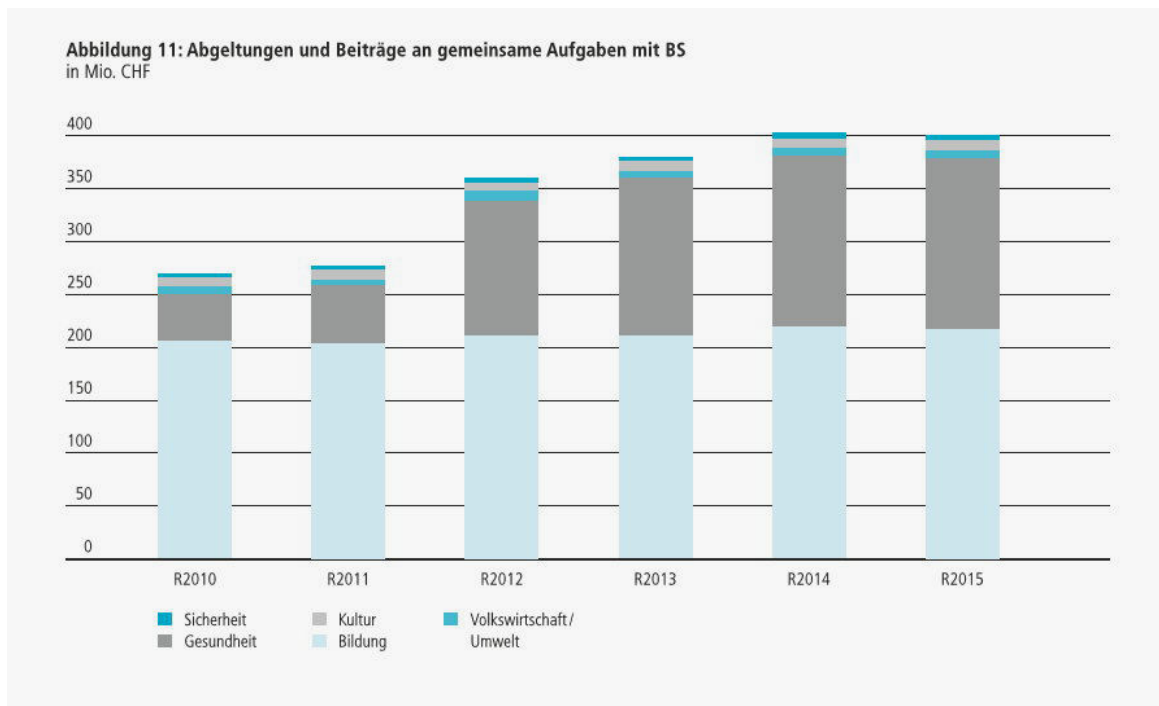
Aber wie ist es überhaupt zu dieser unerfreulichen Situation gekommen, die von der etablierten Politik scheinbar nur mit einem massiven Abbau im KSBL gelöst werden kann? Sehr einfach: Bis ins Jahr 2011 bewegten sich die Kosten für stationäre Spitalbehandlungen der Einwohner des Kantons Basellandschaft – egal in welchem Spital hospitalisiert – um 5 – 10 % über dem schweizerischen Durchschnitt. Die medizinische Versorgung war gut. Die Kosten für Bewohner von Baselstadt dagegen lagen bei 150 % des schweizerischen Durchschnitts. Das kann nicht mit der Altersstruktur der Bevölkerung, sondern nur mit der speziellen Spitalstruktur in der Stadt erklärt werden. Es gibt dort – im Gegensatz zu Zürich und Bern – keine Spitäler der Grundversorgung, sondern nur das Unispital, welches grosse Teile der Grundversorgung zu entsprechend höheren Tarifen übernimmt und daneben viele spezialisierte halböffentliche und private Spitäler.

Mit Einführung der völligen Freizügigkeit, dem freiwilligen Bezahlen der Zusatzkosten durch den Kanton BL und der gleichzeitigen Managementkrise am Bruderholzspital sind viele Patienten in die BS-Spitäler und damit auch in das BS-Gesundheitssystem abgewandert. Diese Freizügigkeit wird nicht hinterfragt und soll auch so bleiben. Gleichzeitig muss man sich aber auch bewusst werden, welche enormen Kosten entstanden sind für den Kanton BL, der 55% und die BL-Prämienzahler, welche 45% dieser Summen bezahlen müssen. Konkret ergibt sich seit 2012 – immer nach Abzug des Anstiegs in der Rest-CH – eine Mehrbelastung von 46 Mio. Franken pro Jahr, 21 Mio. für die Prämienzahler, 25 Mio. für den Kanton. Der Kanton BL steht damit jetzt bei 129 % des schweizerischen Durchschnitts. Ich frage Sie: Ist die medizinische Versorgung um so viel besser geworden? Wenn nach Schliessung der Grundversorgung im Bruderholzspital und in Laufen alle Patienten im unteren Kantonsteil diesen Versorgungsmodus wählen, kann man sich ausrechnen, wie die Kostenentwicklung weitergeht, es ist nur eine Frage der Zeit bis wir die 150% von BS erreichen.

Kosten für stationäre Behandlung der Kantoneinwohner, Statistik BAG



In der Staatsrechnung des Kantons BL sieht das so aus:



Diesen harten Fakten über die Gesundheitskosten der letzten Jahre stehen Vermutungen der Regierung über die Kosten der Erhaltung der Grundversorgung im BH und in Laufen gegenüber. Wie gesagt: Es sind Vermutungen. Die Regierung rechnet mit Kosten von 25 Mio pro Jahr an gemeinwirtschaftlichen Beiträgen (GWL) an das KSBL gedroht. Diese Zahl ist eine Mutmassung, wir sind überzeugt, dass bei positivem Ausgang der Abstimmung endlich eine Beruhigung eintreten würde. Ärzte, Personal und Patienten könnten wieder Vertrauen fassen und eine langfristige Stabilisierung der Finanzen wäre erreichbar.

GWL-Leistungen ans Spital Laufen andererseits sind sehr gut investiertes Geld, damit werden dort dringend benötigte Arbeitsplätze erhalten, die Zufriedenheit der Bewohner erhöht, die Auflagen des Laufentalvertrags erfüllt und gleichzeitig eine Abwanderung der Patienten in die teure städtische Versorgung vermieden.

Ferdinand Martius